

Mosbach, den 3. Nov. 1980..

I. Der Bebauungsplan der Gemeinde Haßmersheim für das Baugebiet

"Am unteren Auweg",

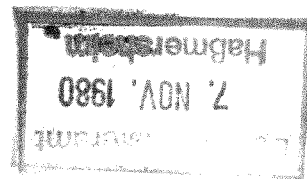
Gemarkung Haßmersheim

wird gem. § 11 BBauG i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256),
geß. durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) i.V. mit § 1 der
Zweiten VO der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 18.
Dezember 1979 (GBl. 1980 S. 42) unter ~~der~~/den in der Anlage aufgeführten
Auflage(n) g e n e h m i g t.

II. An .das..

•Bürgermeisterant.....

6954 Haßmersheim



unter Anschluß der mit dem Genehmigungsvermerk versehenen 1. BBauPl-
Fertigung und den gemeindlichen Verfahrensakten. Auf die dortige Ge-
nehmigungsvorlage -hier eingegangen am 7. Aug. 1980 - wird Bezug
genommen.

Die 2. Fertigung des BBauPl wurde an die zuständige Baurechtsbehörde
abgegeben. Die 3. Fertigung haben wir zu den hiesigen Akten genommen.

Der genehmigte Bebauungsplan ~~entsteht nach § 9 BBauG~~ besteht aus
~~zeichnerischen und schriftlichen Festsetzungen nach § 9 BBauG..~~

.....
.....

und genügt den Mindestfestsetzungen des § 30 BBauG. Ihm ist weiter
eine Begründung nach § 9 Abs. 8 BBauG beigelegt.

Der genehmigte Bebauungsplan wird gem. § 12 BBauG mit der ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich. Er ist mit der Bebauungsplan-Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und über seinen bzw. deren Inhalt ist auf Verlangen stets Auskunft zu erteilen. In der ortsüblichen Bekanntmachung ist desweiteren anzugeben, bei welcher Stelle der genehmigte Bebauungsplan während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden kann.

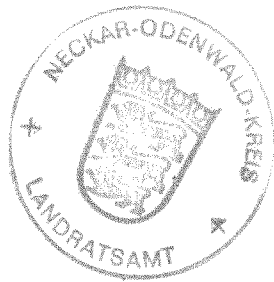
Bei der Bekanntmachung der Bebauungsplan-Genehmigung ist gem. § 155 a BBauG ausdrücklich auf die 1-jährige Ausschußfrist für die Geltendmachung von Verfahrens- oder Formvorschriftsverletzungen und die Rechtsfolgen hinzuweisen. Gleichzeitig ist außerdem noch auf den § 44 c Abs. 1 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 2 BBauG besonders aufmerksam zu machen.

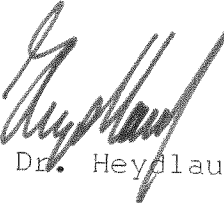
Der ordnungsgemäße Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung ist in urkundlicher Form (Unterschrift und Dienststempel) hierher nachzuweisen. Die nachgenannten Träger der öffentlichen Belange ~~sowie Private~~ sind von der Genehmigung und der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes von dort in Kenntnis zu setzen:

Straßenbauamt	Badenwerk
Wasserwirtschaftsamt	Kath. Kirchenvertretung
Gesundheitsamt	Ev. Kirchenvertretung
Landwirtschaftsamt	Regionalverband
Flurbereinigungsamt	Vermessungsamt
Kreisbeauftragter f. Naturschutz u. Land- schaftspflege	Fernmeldeamt
Polizei-Kommissariat	Gemeindeverwaltungsverband
Gewerbeaufsichtsamt	Forstamt
Staatl. Hochbauamt.	Liegenschaftsamt
Geolog. Landesamt	Landesdenkmalamt Karlsruhe
.....	Notariat.....
Industrie- u. Handelskammer	Wasser- u. Schiffsamt
Sportbund.....	Wehrbereichsverwaltung

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes tritt eine für dieses Gebiet evtl. bestehende Veränderungssperre außer Kraft (§ 17 Abs. 5 BBauG).

Aufgrund gegebener persönlicher Gebührenfreiheit (§ 6 Abs. 1 Ziffer 4 LGebG) ergeht diese Entscheidung gebührenfrei.





Dr. Heydlauf

Auflage(n) zum Genehmigungsbescheid des Bebauungsplanes

" Am unteren Auweg "

Vor der ortsüblichen Bekanntmachung des genehmigten Bebauungsplanes ist ~~nachstehendes~~/nachstehenden Auflage(n) noch Rechnung zu tragen:

1. In die Ziffer 3.1 der schriftlichen Festsetzungen ist ergänzend noch die ebenfalls im Bebauungsplan-Lageplan als  festgesetzte Bauweise aufzunehmen und wie folgt schriftlich zu erläutern:

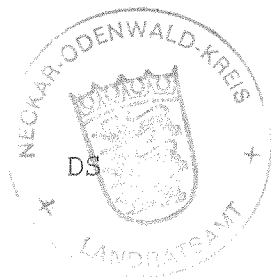
"=offene Bauweise; es sind nur Einzel- und Doppelhäuser mit seitlichem Grenzabstand zulässig."
2. Die Ziffer 4.1 der schriftlichen Festsetzungen ist um folgenden Halbsatz zu ergänzen:

", nicht jedoch in den als reine Stellplatzflächen ausgewiesenen Flächen."
3. Die Ziffer 7.2.1 der schriftlichen Festsetzungen ist noch wie folgt zu ergänzen:

"Einfriedigungen einschließlich Stützmauern von Wohngrundstücken dürfen zur Verkehrsfläche ein Maß von 1,00 m Höhe nicht überschreiten, soweit sich hierfür durch die Ziffer 7.2.3 nicht noch eine weitergehende Einschränkung ergibt."
4. Die Ziffer 7.2.2 der schriftlichen Festsetzungen hat folgenden Wortlaut zu erhalten:

"Einfriedigungen gewerblich genutzter Grundstücke dürfen ein Maß von 2,00 m Höhe nicht überschreiten, soweit sich hierfür durch die Ziffern 7.2.3 und 8.3 nicht noch eine weitergehende Einschränkung oder sogar ein gänztliches Verbot ergibt."
5. Die Ziffer 7.2.4 der schriftlichen Festsetzungen ist mangels Ermächtigungsgrundlage (vergl. § 111 Abs. II LBO) unzulässig und daher ersatzlos zu streichen.

6. In der Ziffer 8.3 der schriftlichen Festsetzungen muß es anstatt "Auffangwannen" richtig "Auffangräume" und anstatt "142,30 m ü. NN" richtig "142,79 m ü. NN" heißen.
7. Im Bebauungsplan-Lageplan sind die in den beiden Nutzungsschablonen über den Grundstücken Flst.-Nrn. 4579/8 und 4579/9 eingetragenen Geschoßflächenzahlen noch mit einem Kreis zu umschließen.
8. In der Planzeichenerläuterung des Bebauungsplan-Lageplanes muß es anstatt den Geschoßflächenzahlangaben "0,7 - 1,4" richtig "0,8 - 1,4" heißen.
9. In der Planzeichenerläuterung des Bebauungsplan-Lageplanes muß es unter dem Abschnitt "Ver- und Entsorgungsflächen, Führung von Versorgungsleitungen und Anlagen" hinter dem letzten zeichnerisch dargestellten Planzeichen anstatt "Geh- und Fahrrecht" richtig "Geh-, Fahr- und Leitungsrecht" heißen.
10. In der Planzeichenerläuterung des Bebauungsplan-Lageplanes fehlt die zeichnerische und schriftlich erläuternde Darstellung folgenden im Bebauungsplan-Lageplan verwandten Planzeichens: "►—◄" (ebenfalls 20 kV-Kabelleitungen?)
11. In § 3 der Satzung muß es in Anlage Nr. 5 anstatt "M. 1:500" richtig "M. 1:1000" heißen.



Mosbach, den 3. Nov. 1980